

Grüne in Mittel- und Osteuropa – ein wechselvoller Weg

Die meisten grünen Parteien in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas sind im Zuge des Zerfalls der kommunistischen Regime 1989 und 1990 entstanden. Politischen Anfangserfolgen folgte ab 1992 eine tiefe Krise, aus der sich einige der Parteien nur langsam herausarbeiten konnten.

Waren anfangs noch merkbare kulturelle Unterschiede zwischen den grünen Parteien in West- und Osteuropa festzustellen, so kommt es in den letzten Jahren immer mehr zu Ähnlichkeiten der Zusammensetzung in der Mitglied- und Wählerschaft und zu Annäherungen in den inhaltlichen Positionen. Allerdings tauchen in Osteuropa neue Herausforderungen auf. So können hier kleine Parteien Gefahr laufen, von kapitalkräftigen Personen mit Eigeninteressen übernommen zu werden.

Entstehung und erste Erfolge

Ähnlich wie im Westen sind auch in Ost- und Ostmitteleuropa grüne Parteien aus Bewegungen entstanden, die gegen die herrschende Politik in Opposition standen. Teilweise rekrutierten sich die Aktivistinnen und Aktivisten aus schon länger bestehenden Naturschutzorganisationen oder aus dem Wissenschaftsbereich. In einigen Ländern waren grüne Bewegungen maßgeblich an den Umwälzungen des Jahres 1989 beteiligt, z.B. Ökologasnost in Bulgarien und die Bewegung gegen das Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn, oder spielten im Kampf um Unabhängigkeit, wie im Baltikum, eine tragende Rolle. Im Jahr 1990 zogen grüne Parteien in mehrere Parlamente Mittel- und Osteuropas ein. Im Gegensatz zu ihren westlichen Pendanten fanden sich die Ost-Grünen oft auch über Nacht in Regierungen wieder, so geschehen im Baltikum und in Slowenien, etwas später in Georgien, und wirkten dort aktiv an der Schaffung von Umweltgesetzen mit, die oft die ersten dieser Art waren.

Bedeutungsverlust und neue Fragen

Um das Jahr 1992 kam es in ganz Osteuropa zu einem Rückgang der Bedeutung und des Einflusses der grünen Parteien, begleitet von empfindlichen Wahlniederlagen.

Die Gründe dafür waren:

- Der Systemwechsel vom Staatssozialismus zum Kapitalismus westlicher Prägung bewirkte ein starkes Betonen wirtschaftlicher Fragen und einen Rückgang der ökologischen Probleme im öffentlichen Bewusstsein.
- Durch diesen Wandel wurde auch die soziale Frage aktuell. Immer breitere Teile der Bevölkerung verarmten, während eine kleine – oft kriminelle – Schicht Neureicher immer mehr an sich raffte. Wer ums tägliche Überleben kämpft, empfindet Umweltschutz als Luxus. Der postmaterialistische Nährboden fehlte. Von der sozialen Misere und der Enttäuschung in den harten Jahren der Transformation profitierten nicht zuletzt nationalistische und teilweise auch ex-kommunistische Parteien.
- Während Grüne im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion eine wichtige Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit ihrer Länder spielten, änderte sich nach deren Erlangen die Situation. Der Nationalismus richtete sich vielfach gegen Minderheiten im eigenen Land. Grüne, die dabei nicht mitmachten, gerieten in eine unpopuläre Außenseiterposition. Die vor 1990 gelegentlich geäußerte Bereitschaft, «Kartoffelschalen zu essen, wenn mein Land nur frei ist», wich rasch dem Nachholbedarf in Sachen Konsum.
- Andere Parteien griffen, oft nur verbal und wenig konsequent, das Umweltthema auf und einige grüne Politikerinnen und Politiker fanden aus Gründen der persönlichen Karriere sehr bald den Weg zu anderen Parteien. Ein Beispiel von vielen ist Filip Dimitrow in Bulgarien. Bei der Gründung der grünen Partei 1989 war er zu deren Vizevorsitzenden gewählt worden. Von Oktober 1991 bis Oktober 1992 war er dann Regierungschef der Union Demokratischer Kräfte (UDK).
- Die Konkurrenz christdemokratischer, liberaler und sozialdemokratischer Parteien nach westlichem Muster traf die Grünen hart, die aus dem Westen wenig bis gar keine materielle Unterstützung bekamen. Hohe Einstiegschancen bei den Wahlgesetzen zwangen grüne Parteien gelegentlich zu Koalitionen, die sie mit einem Profil- und Mitgliederverlust bezahlen mussten.
- Und schließlich kam es, nachdem das Problem der vereinzelt unterwanderung durch Apparatschiks des alten Systems in der Gründungsphase überwunden und die Distanz zu den Umweltbewegungen verringert worden war, zu Spaltungen vieler grüner Parteien – ein Trend, der bis heute anhält.

Unterschiede zu den West-Grünen

Im Vergleich mit den Grünen Westeuropas gab es vor allem in den ersten Jahren nach dem Umbruch Unterschiede, die auf die jeweilige Entstehungsgeschichte zurückzuführen sind:

- Frauen fanden sich kaum oder nur vereinzelt in Parlamentsfraktionen oder Vorständen der osteuropäischen grünen Parteien. Geschlechterparität bei der Erstellung von Listen war so gut wie unbekannt.

- Überaus stark vertreten waren hingegen Experten aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie fallweise auch aus der Bürokratie von Umweltministerien. Universitätsprofessoren, die mit Biologie, Raumplanung, Landwirtschaft usw. zu tun haben, fanden sich nicht selten an der Spitze der grünen Parteien. Im Westen gab es vergleichsweise weniger Expertinnen und Experten, die den Weg in die Parteipolitik fanden.
- In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern waren die Grünen ab 1990 an Regierungen auf nationaler Ebene beteiligt. Dies gelang den West-Grünen 1995 in Finnland und danach in Italien, Frankreich, Deutschland und Belgien. Dennoch sahen die oft von linken Traditionen mitgeprägten West-Grünen den Einfluss des Staates, etwa in der Wirtschaft, positiver als die teilweise aus dem Widerstand gegen das kommunistische System kommenden Ost-Grünen, die – zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens – eindeutig als Parteien des Zentrums und nicht als linke Parteien zu charakterisieren sind.
- Sicherheitspolitisch war der Beitritt ihrer Länder zur NATO für viele Ost-Grüne aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Sowjet-Imperium eine Option, während bei den meisten West-Grünen, die teilweise aus der Friedensbewegung der 80er-Jahre kamen, dafür wenig Verständnis bestand.

Die Rolle innerhalb der Europäischen Grünen

Nicht nur die Europäische Union, sondern auch die Europäischen Grünen mussten sich mit der Frage ihrer Integration und Erweiterung beschäftigen. Im April 1989 kam es beim 5. Kongress der Euro-Grünen in Paris zum viel beachteten ersten Auftritt von Grünen aus dem Baltikum und aus Polen.

Beitritte zum europäischen Zusammenschluss der grünen Parteien:

- die Grünen Estlands im Dezember 1989;
- die Grünen in der DDR im März 1990, die am 3. Dezember 1990 mit den Grünen in der BRD verschmolzen;
- die bulgarischen und georgischen Grünen im März 1991;
- die Grünen Sloweniens im Juni 1992 – wegen interner Konflikte wurde ihre Mitgliedschaft 1993 auf eigenen Wunsch eingefroren.;
- die Grünen aus St. Petersburg, aus denen später über Umwege die Grüne Alternative (GROZA) entstand;
- die Grünen aus der Ukraine sowie die ungarische Grüne Alternative – später umbenannt in Grüne Demokraten – im Januar 1994;
- die Grünen aus der Slowakei im Juni 1995;
- die Grünen aus Tschechien im Mai 1997;
- aus Rumänien zunächst FER im Oktober 1999, seit 2005 Partidul Verde.

Weitere Beitritte folgten seither und heute sind nur noch einige Nachfolgestaaten des einstigen Jugoslawien sowie Litauen «weiße» Flecken auf der Landkarte der Europäischen Grünen Partei (EGP).

Dem Vorstand der Europäischen Grünen gehört seit 1992 mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter der osteuropäischen Grünen an. Bisher waren dies aus Georgien Surab Schwanija (1992-1994, später Parlamentspräsident und Ministerpräsident, 2005 unter tragischen Umständen ums Leben gekommen), Natalia Kirvalidse (1994-1997) und Sophia Sakhanberidse (2006-2009). Es folgten György Droppa aus Ungarn (1997-2003), Sergiy Kurykin aus der Ukraine (2003-2006, Umweltminister 2001-2002) sowie aus Polen Gabriela Szuba (2000-2006) und Magda Mosiewicz (2006-2009). Seit 2009 ist Alexej Kozlow von der Grünen Alternative aus Russland Mitglied des Vorstandes. Die halbjährlichen regulären Treffen des Council der Europäischen Grünen fanden bisher 8-mal in osteuropäischen Ländern statt: 1990 in Budapest, 1991 in Sofia, 1995 in Budapest, 1999 in Bratislava, 2001 abermals in Budapest, 2005 in Riga und Kiew sowie 2008 in Ljubljana. Im Herbst 2010 wird das Council Meeting in Tallinn stattfinden.

Auf Initiative der niederländischen Partei Groen Links bzw. deren Stiftung wurde im November 1991 der Green East-West Dialogue (GEWD) als Netzwerk der Europäischen Grünen ins Leben gerufen, um kontroverse inhaltliche Fragen ausdiskutieren zu können. Bei den Treffen, Seminaren, Round Tables und Konferenzen ging es und geht es um Themen wie Nationalismus und Nationalitäten, die Situation der Roma, Energiepolitik, Umwelt, Sicherheitspolitik, die EU-Erweiterung und EU-Nachbarschaftspolitik oder den Green New Deal. Regelmäßige grüne Vernetzungstreffen finden seit einigen Jahren auf dem Balkan, in der Schwarzmeer-Region sowie in Wien für die Grünen aus Mitteleuropa statt. Daneben organisiert der GEWD auch immer wieder Fact Finding Missions in Länder, in denen z.B. neue grüne Parteien entstehen. Er arbeitet dabei neben der Stiftung Wetenschappelijk Bureau von Groen Links auch mit Stiftungen wie dem Grünen Forum aus Schweden, der Grünen Bildungswerkstatt aus Österreich, der Heinrich-Böll-Stiftung aus der BRD und der Green European Foundation eng zusammen.

Annäherung der Standpunkte

Seit etwa einem Jahrzehnt ist eine zunehmende Annäherung der inhaltlichen Standpunkte von West- und Ost-Grünen zu registrieren. Gründe dafür sind neben der Tätigkeit des Green East-West Dialogue und der grünen Stiftungen vor allem Veränderungen der Positionen der West-Grünen, vor allem das Abgehen von der ursprünglich EU-kritischen Einstellung einiger Mitgliedsparteien und die teilweise Neupositionierung in der Sicherheitspolitik. Auch die erfolgten und geplanten EU-Osterweiterungen seit 2004 und die stärkere Beteiligung von Grünen aus Ost- und Ostmitteleuropa an programmatisch-inhaltlichen Diskussionen, z.B. über das als Antwort auf die Klima- und Energiekrise sowie die 2008 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise erarbeitete Konzept des Green New Deal, spielen eine Rolle. Die katastrophalen Auswirkungen von Casino-Kapitalismus und neoliberaler Gier haben jüngst wohl auch die letzten der vor 20 Jahren noch größtenteils zu den Fans der freien Marktwirtschaft zählenden osteuropäischen

Grünen zu einer Umorientierung bewegt. Anti-Diskriminierung und Solidarität mit gesellschaftlichen Minderheiten wie beispielsweise Homosexuellen fließen zunehmend in die Programmatik ein.

Neue Trends und Entwicklungen

Das Wachsen einer europäisch bzw. kosmopolitisch eingestellten Mittelschicht in vielen Ländern Osteuropas als potenzielles Reservoir für Grüne hat auch zu einer Ähnlichkeit der Wählerinnen- und Wählerprofile geführt. Deutlich wird dies nicht zuletzt in der Entstehung neuer grüner Parteien in einigen Ländern, z.B. LMP in Ungarn oder Zelenite in Bulgarien. Beide sind stärker in der Zivilgesellschaft verankert als die traditionellen grünen Parteien. Ihre Wählerinnen und Wähler sind vor allem in der jungen, urbanen Bildungsschicht der Groß- und Universitätsstädte zu finden. Damit einher geht die im Vergleich zu früher wesentlich stärkere Beteiligung von Frauen und von jüngeren Menschen, so etwa bei den Grünen in Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien oder Polen.

Während sich die Europäischen Grünen früher vor allem auf Parteien konzentriert haben, die das Wort «grün» in ihren Namen trugen, ist in den letzten Jahren auch eine Öffnung zu Parteien hin zu beobachten, bei denen dies nicht der Fall ist, die jedoch in ihrer Programmatik, Politik und in ihrer Aktiven-Basis durchaus als grün anzusehen sind. Beispiele dafür sind die Jugendpartei SMS aus Slowenien (Vollmitglied der EGP seit 2006), die ungarische LMP (Beobachter-Status seit 2009) oder die ursprünglich liberale, seit 2008 de facto grüne Partei DOM aus Mazedonien, über deren Aufnahmeantrag in der EGP voraussichtlich im Herbst 2010 entschieden wird. Auch mit der nicht nationalistischen, stark in der Zivilgesellschaft verankerten, im Frühjahr 2008 gegründeten Partei Naša Stranka in Bosnien-Herzegowina, die bei der Kommunalwahl in Sarajewo über 8% der Stimmen erhalten hat und in Nordwestbosnien einen Bürgermeister stellt, gibt es Kontakte, obwohl sie sich bisher keiner politischen Familie angeschlossen hat.

Es wird zunehmend versucht, bei nationalen und kommunalen Wahlen eigenständig als Grüne aufzutreten (auch wenn dies unter Umständen bedeutet, den Einzug nicht zu schaffen) und ein klares Profil zu zeigen, anstatt sich in Wahlkoalitionen auf gemeinsamen Listen zu verstecken und so nahezu unsichtbar zu sein. Die Wichtigkeit lokaler Wahlen und der Arbeit in Stadt- und Gemeindeparlamenten wird klarer als bisher erkannt, nicht zuletzt als langfristiges Mittel zum Parteaufbau.

Doch in einer Beziehung wird die Situation auch komplizierter: Geschäftsleute oder Personen mit viel Geld und wirtschaftlichen Eigeninteressen versuchen gelegentlich, grüne Parteien zu unterwandern, zu kaufen oder im Auftrag von Großparteien zu zerstören oder zu spalten, was beispielsweise wiederholt in Ungarn der Fall war. In Bulgarien wurde aus «Business-Kreisen» sogar eine neue Partei mit dem Namen «grün» gegründet. In der Ukraine kam es nach einer «Übernahme» zu einer Krise und zum Austritt eines ehemaligen Umweltministers aus der Partei der Grünen. Dies alles geht naturgemäß auf Kosten der grünen

Inhalte und Programmatik und trifft besonders schwächere grüne Parteien ohne starke Verankerung in Stadt- oder Regionalparlamenten. Resultat solcher Prozesse sind Spaltungen, die einige Parteien an den Rand des Bankrotts geführt haben. Die Mitgliedschaft schwacher und instabiler grüner Parteien bei den Europäischen Grünen, einer anerkannten politischen Familie, kann im Extremfall sogar dazu führen, dass der Versuchung, die Partei z.B. in Wahlkoalitionen «an den Meistbietenden zu verkaufen», nur schwer widerstanden werden kann.

Beispiele aus verschiedenen Ländern

Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele die Entstehung der Grünen in einzelnen Ländern gezeigt und mit einer kurzen Darstellung der heutigen Situation ergänzt werden.

Baltikum

Im Baltikum waren die Grünen – zunächst als Bewegungen, dann als Parteien mit personellen Überschneidungen mit den Bewegungen – schon 1988/89 entstanden und hatten eine bedeutende Rolle im Kampf um die Loslösung von der Sowjetunion gespielt, in deren Volksdeputiertenkongress sie im März 1989 mit einigen Mandaten einzogen.

Der Phosphat- und Ölschieferabbau im Nordosten Estlands, undichte Öl-Pipelines, das Atomkraftwerk Ignalina in Litauen, chemische Fabriken und Raffinerien, die Verschmutzung von Flüssen durch Abwässer oder Kraftwerke, z.B. des Flusses Daugava in Lettland, die Missachtung des Schutzes von Kulturgut, z.B. bei der U-Bahn-Planung durch die historische Altstadt von Riga, die Armeehäfen mit den Atom-U-Booten, lecke Kerosintanks bei Armeeflugplätzen – der Widerstand gegen diese Missstände konnte mit dem Widerstand gegen die Fremdherrschaft verbunden werden. Der Protest richtete sich gegen den «Ökozid durch die russisch-imperialistische Besatzungsmacht» und die Rote Armee. Zudem waren neue Industrieprojekte meist auch mit dem Zuzug russischsprachiger Arbeiterinnen und Arbeiter verbunden und hatten also eine Änderung der ethnischen Zusammensetzung im Baltikum zur Folge.

Mit der endgültigen Erlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten im Sommer 1991 änderte sich die Situation: die Industriebetriebe waren nun nicht mehr die sowjetischen, sondern die eigenen, oft notwendig für den Export, auch wenn sie die Umwelt nach wie vor belasteten. Als Gegner wurde die Rote Armee von den Neureichen abgelöst, die ihre Protz-Villen mit Vorliebe in Naturschutzgebieten an den Küsten bauen und mit ihren teuren Autos auch in verkehrsberuhigte alte Innenstädte hineinfahren wollen.

In **Estland** erreichten die Grünen am 18. März 1990 bei den Wahlen zum Obersten Sowjet 8 Mandate. Ihr damaliger Vorsitzender Toomas Frey, ein Biologieprofessor an der Universität Tartu, wurde erster Umweltminister. 1992 fielen die Grünen wieder aus dem Parlament. Es folgte eine lange Krise der Partei, die

sogar einige Zeit wegen zu geringer Mitgliedschaft nicht einmal offiziell registriert war. Ein Comeback erlebten sie bei der Parlamentswahl 2007, als die Grünen mit 7,1% der Stimmen 6 Mandate erreichten.

In **Litauen** waren Grüne ebenfalls als Teil der Volksfront Sajudis von 1990 bis 1992 im Obersten Sowjet vertreten und stellten mit Sigmas Vaisvila von Januar 1991 bis Frühjahr 1992 sogar den Vizepremier. Seither waren sie nicht mehr parlamentarisch vertreten.

In **Lettland** gelang den Grünen zwar 2002 und 2006 der Wiedereinzug ins Parlament, allerdings nur auf einer gemeinsamen Liste mit der Bauernunion. Die Politik ist sehr konservativ. Der Kontakt mit den Europäischen Grünen hält sich in Grenzen. Die Grünen besetzen jedoch das Umweltministeramt und stellten von Anfang März bis Ende Oktober 2004 mit Indulis Emsis sogar den Ministerpräsidenten.

Bulgarien

Die Initiative Ökoglasnost entstand am 11. April 1989 aus einem Komitee zum ökologischen Schutz von Ruse, einer grenznahen Stadt an der Donau, die unter den Emissionen einer Chemiefabrik im rumänischen Giurgiu litt, einer Stadt auf der gegenüberliegenden Seite der Donau. Während eines KSZE-Ökoforums in Sofia im Herbst 1989 trat Ökoglasnost mit Demonstrationen und Petitionen an die Öffentlichkeit und trug dadurch nicht unwesentlich zum Sturz Todor Schiwkows bei.

Die grüne Partei wurde am 28. Dezember 1989 von Ökoglasnost-Mitgliedern gegründet. Beide Gruppen kandidierten bei den ersten freien Wahlen am 10. Juni 1990 im Rahmen der damals oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte, auf deren Liste die Grünen 13, durch Übertritte schließlich 17, und Ökoglasnost 16 Mandate erreichten. Die politisch aktiven Mitglieder von Ökoglasnost gingen später teils in der UDK auf, teils wurden sie zum Koalitionspartner der Bulgarischen Sozialistischen Partei. Der langjährige Vorsitzende der Grünen, Alexander Karakatschanow, wurde im Oktober 1990 bei einer Direktwahl zum Bürgermeister der Millionenstadt Sofia gewählt und blieb dies ein Jahr lang.

Die ursprünglich von vielen Kulturschaffenden und Intellektuellen unterstützten Grünen verloren in der Folge an Bedeutung und kamen nur noch als Teil von Koalitionen ins Parlament. Erst bei der ersten in Bulgarien abgehaltenen Europawahl 2007 kandidierten sie wieder eigenständig und erreichten 0,51% der Stimmen. Im Juli 2008 kam es zur Fusion mit einer neuen, finanzstarken Partei namens Grünes Bulgarien, die jedoch keinen Zusammenhang mit Nichtregierungsorganisationen oder Bewegungen hatte. Es dauerte nicht lange, bis es zu Konflikten und gegenseitiger Lähmung kam.

Im Mai 2008 wurde eine neue Partei, Zelenite (Grüne), gegründet, deren vorwiegend junge Aktivistinnen und Aktivisten tatsächlich aus Öko-Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen kamen. Sie schafften als einzige die Hürden für die Kandidatur zu den Europa- und Parlamentswahlen 2009, wo sie 0,72%

(2,25% in Sofia) bzw. 0,51% der Stimmen erreichten – ohne Stimmenkauf und ähnliche Praktiken wohlgermerkt. Im Oktober 2009 wurde Zelenite als Beobachterin in die EGP aufgenommen.

Ehemaliges Jugoslawien

In **Slowenien** gab es schon in den 80er-Jahren eine aktive Umwelt- und Alternativbewegung. 1986 kam es zu großen Demonstrationen als Folge des Unfalls im AKW von Tschernobyl. Die Grünen (Zeleni Slovenije) wurden im Juni 1989 gegründet und zogen bei den Wahlen am 8. April 1990 mit 8,84% der Stimmen und 8 von 80 Mandaten in die Politische Kammer der Teilrepublik ein. Das Bündnis DEMOS, in dem auch die Grünen vertreten waren, gewann die Wahl und stellte die Regierung. Die Grünen stellten die Minister für Umwelt, Energie, Gesundheit und Wissenschaft. DEMOS versprach u.a., das slowenische Atomkraftwerk Krško bis 1995 zu schließen, rückte aber bald von diesem Vorhaben ab. 1992 gelang den Grünen noch einmal der Einzug ins Parlament mit 5 Mandaten, doch bald kam es zu wiederholten Spaltungen, die die Partei von Wahl zu Wahl schwächer werden ließen, bis sie 2008 auf den derzeitigen Tiefststand von 0,51% gesunken war.

Inzwischen war im Jahr 2000 mit Stranka Mladih Slovenije (SMS) eine neue Partei entstanden, hervorgegangen aus einer Studentinnen- und Studentenbewegung. SMS war von 2000 (4,33% der Stimmen beim ersten Antreten) bis 2004 mit 4 Mandaten im Parlament vertreten, scheiterte dann aber mit 2,08% am Wiedereinzug. 2008 erzielten die SMS-Kandidatinnen und -Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste mit der Volkspartei Slovenska Ljudska Stranka (SLS) ebenfalls kein Mandat. Bei den Kommunalwahlen 2006 erreichte SMS 44 Mandate in 32 Gemeinden und errang den Bürgermeisterposten in Tolmin, einer Stadt im Isonzotal. SMS wurde 2006 als Vollmitglied der EGP aufgenommen. Ihr Vorsitzender Darko Krajnc bemühte sich seither vergeblich um eine Einigung mit den zahlreichen zersplitterten kleinen grünen Parteien. Das Ergebnis der Europawahl 2009 war mit 1,96% enttäuschend, doch bei den Kommunalwahlen im Herbst 2010 erwartet sich SMS eine Stärkung.

In **Kroatien** gab es in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, vor und nach dem Jugoslawien-Krieg, Versuche, grüne Parteien zu etablieren. Bis heute gibt es eine Fülle sich grün nennender Parteien. Die inhaltlich interessanteste und erfolgreichste ist Zelena Lista, die aus den 2004 gegründeten Zeleni za Zagreb entstanden ist. Seit Herbst 2007 hat sie den Status einer Beobachterin bei den Europäischen Grünen. Bei den Lokalwahlen 2009 in Zagreb gelang den Grünen mit einem Stimmenanteil von 2,78% zwar nicht der Einzug ins Stadtparlament, aber dafür in die Vertretungen von 11 der 17 Stadtbezirke, mit dem besten Ergebnis 11,16% in der Unterstadt Zagrebs. Auch einige Gemeindemandate außerhalb von Zagreb konnten errungen werden. Um zukünftig bei Parlaments- oder EP-Wahlen erfolgreich zu sein, werden sich die Grünen aber wohl Bündnispartner suchen müssen.

In den übrigen Ländern Ex-Jugoslawiens sind sich «grün» nennende Parteien in der Regel schwach und unbedeutend. Manchmal werden sie von durchwegs männlichen Exponenten geführt, die nicht aus den sozialen Bewegungen kommen, sondern primär Eigeninteressen vertreten. In **Bosnien-Herzegowina** wird die gesellschaftliche Alternative durch Naša Stranka repräsentiert, eine von Intellektuellen im Frühjahr 2008 gegründete Partei, die sowohl Umwelt- als auch soziale Anliegen vertritt und eine klar multi-ethnische, gegen nationalistische Engstirnigkeit gerichtete Politik betreibt. Kontakte pflegt die Partei sowohl zu Liberalen als auch zu Linken und Grünen. In **Serbien** verschiebt sich die politische Landschaft zur Zeit auf Grund eines neuen Parteiengesetzes, das für die offizielle Registrierung einer Partei 10 000 Unterstützungserklärungen verlangt, auch im traditionell eher schwachen grünen Spektrum. In **Mazedonien** hat sich die im Januar 2006 gegründete Partei Demokratska obnova na Makedonija (DOM) als jene Kraft herauskristallisiert, die die wichtigste Ansprechpartnerin der Europäischen Grünen ist. Gegründet wurde DOM ursprünglich von Dissidentinnen und Dissidenten der liberaldemokratischen Partei, die die Vernachlässigung sozialer Probleme durch ihre Partei kritisierten. Bei der Parlamentswahl 2006 kam DOM auf 1,87% der Stimmen und ein Mandat, das die Abgeordnete Liljana Popovska bis heute einnimmt. Sie ist mit der Zivilgesellschaft – von feministischen Gruppen über Behinderten-Organisationen bis zu Öko-Gruppen – gut vernetzt. Bei der Neuwahl 2008 kandidierte DOM im Block der führenden Regierungspartei VMRO. Frauen spielen in DOM eine führende Rolle. Inhaltlich sind Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie gleich wichtig. Obwohl Liljana Popovska auch von Beobachterinnen und Beobachtern außerhalb ihrer Partei als integere Politikerin geschätzt wird, ist die Beteiligung von DOM an der konservativen Regierung – mit einer Vize-Umweltministerin – ein Umstand, dem gegenüber sich die Unabhängigkeit der Partei wohl noch wird beweisen müssen.

Polen

Polen war das erste Land Ostmitteleuropas, in dem eine grüne Partei entstand. Die Polska Partia Zielonych wurde am 10. Dezember 1988 in Krakau gegründet. Einer der Initiatoren war Zygmunt Fura, Mitarbeiter des 1980 gegründeten Polnischen ökologischen Klubs (PKE). Es dauerte jedoch nicht lange, bis es zu Partei-spaltungen kam, und so blieben die meisten Umweltorganisationen auf Distanz. Bei den Sejm-Wahlen am 27. Oktober 1991 kandidierten sieben verschiedene grüne Gruppen, die auf insgesamt rund 2% der Stimmen kamen. In den Folgejahren wurde grüne Politik eher von der liberalen Freiheitsunion (UW) getragen, genauer gesagt von einer Art grüner Lobby in der UW, die sich Ökologisches Forum nannte, etwa 200 Mitglieder zählte und eng mit den Europäischen Grünen zusammenarbeitete. Ab 1993 stellte das Ökologische Forum 5 bzw. 6 Abgeordnete und von 1997 bis 2000 mit Radosław Gawlik auch den stellvertretenden Umweltminister, der von den meisten Nichtregierungsorganisationen als Ansprech-

partner akzeptiert wurde. Im Zuge der Vorbereitung auf die Europawahlen 2004 entstand aus Teilen des Ökologischen Forums sowie aus feministischen Gruppen, Schwulen- und Lesbeninitiativen und alternativen Bewegungen die neue Partei Zieloni 2004. Ihr blieb jedoch bisher bei Wahlen der Durchbruch versagt. Bei der Kommunalwahl in Warschau im Jahr 2006 kam die Liste auf 1,68% der Stimmen.

Slowakei und Tschechien

Die **slowakische** Union der Natur- und Landschaftsschützer (SZOPK) wurde zu Beginn der 70er-Jahre gegründet, war anfangs «offiziell» und wurde zunehmend regierungskritisch. Im Umbruch des Jahres 1989 spielten SZOPK-Aktivistinnen und -Aktivisten eine tragende Rolle. Aus diesem Reservoir schöpfte die im Dezember 1989 gegründete grüne Partei Strana Zelených na Slovensku (SZS), die ihren ersten Parteitag am 27. Januar 1990 in Banská Bystrica abhielt. Bei den Parlamentswahlen in der ČSFR im Juni 1990 scheiterte die Partei zwar an der 5%-Hürde und kam nicht ins Bundesparlament, aber dafür mit 3,49% und 6 Mandaten von 150 in den Slowakischen Nationalrat. Bei diesen Wahlen gab es lediglich eine 3%-Hürde zu überwinden. Beim Parteitag im Sommer 1991 traten unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Eigenstaatlichkeit der Slowakei auf, die zu einer Spaltung führten. Bei den Wahlen 1992 verloren die Grünen ihre Sitze. Von 1994 bis 2002 waren sie lediglich als Teil von Koalitionen im Parlament vertreten und stellten von 1998 bis 2002 mit Zdenka Tóthová die stellvertretende Umweltministerin. Danach fielen die Grünen mit 0,99% der Stimmen wieder aus dem Parlament. Eigenständig kandidierten sie nur noch bei der Europawahl 2009, wo die Öffnung der SZS-Liste für Unabhängige – darunter Intellektuelle, Aktivistinnen und Aktivisten aus der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, eine feministische Publizistin und eine bekennende Lesbe – zu Hoffnung Anlass gab. Das Ergebnis von 2,11% (Bratislava 4,46%) war durchaus beachtlich. Doch leider zog es die Parteiführung neuerlich vor, sich anderen Parteien anzubieten, im aktuellen Fall für die Parlamentswahl am 12. Juni 2010 der ex-kommunistischen SDL. Damit verspielte sie das erst kurz vorher erworbene Vertrauen von Teilen der Zivilgesellschaft, und die Liste der Partei der Demokratischen Linken mit zwei Grünen auf den Plätzen 3 und 10 blieb trotz beachtlichen finanziellen Aufwands mit 2,42 % der Stimmen weit von einem Einzug in den Nationalrat entfernt.

Die grüne Partei **Tschechiens** wurde im Februar 1990 gegründet, damals noch aus den eigenständigen Parteien Böhmens und Mährens bestehend und im Rahmen der ČSFR zunächst auch mit den Grünen der Slowakei zusammengeschlossen. Bei den ČSFR-Wahlen im Juni 1990 wurde die 5%-Hürde für den Einzug ins Bundesparlament ebenso wenig gemeistert wie für den Tschechischen Nationalrat, wo die Grünen 4,10% der Stimmen erhielten. Bei den Wahlen 1992 traten die Grünen auf einer gemeinsamen Liste mit der Agrarpartei und den Sozialisten an und erreichten 3 Mandate, deren Inhaber jedoch bald darauf zu anderen Parteien wechselten. Es folgte eine mehrjährige Krise und erst ab 1998 ein langsames Wachsen von Wahl zu Wahl. Ausschlaggebend dafür war die

Öffnung zu den sozialen Bewegungen und Umwelt-NGOs. Die Parlamentswahl im Juni 2006 brachte den Durchbruch mit 6,29% der Stimmen und 6 Mandaten. Zahlreiche Intellektuelle und sogar Ex-Präsident Václav Havel gaben Wahlempfehlungen für die Grünen ab. Im Herbst desselben Jahres wurden rund 400 Grüne in Kommunalparlamente gewählt. In Brünn erzielten sie 11,92%, in Prag 7,80% der Stimmen. Vielleicht zu schnell wurden die Grünen im Januar 2007 Koalitionspartnerin in der Regierung zusammen mit der bürgerlichen ODS und den Christdemokraten – mit allen Schwierigkeiten und innerparteilichen Zerreißproben, die dies mit sich bringt, beispielsweise die Diskussion über die Stationierung von US-Raketenabwehr-Einrichtungen in Tschechien, die später der neue US-Präsident Obama wieder fallen ließ. Auch den Regierungspartner ODS auf einen pro-europäischen Kurs zu bringen und einen – inzwischen wieder zurückgenommenen – Ausbaustopp für das AKW bei Temelín durchzusetzen, erforderte gewisse Anstrengungen. Letztendlich scheiterte diese Regierung im Jahr 2009, und die Grünen befinden sich nach Spaltungen, Austritten, Ausschlüssen und einem Debakel bei der Europawahl 2009 – sie erzielten 2,06% der Stimmen – nunmehr unter der umsichtigen Führung des ehemaligen Bildungsministers Ondřej Liška in einem Prozess der Neukonsolidierung. Die 2,44% der Stimmen bei der Parlamentswahl am 28./29. Mai 2010 könnten der Beginn eines Neuanfangs sein. In Prag beträgt das Potenzial der Grünen immer noch rund 5%.

Ungarn

Der Widerstand gegen das slowakisch-ungarische Donaukraftwerksprojekt Gabčíkovo-Nagymaros war in den 80er-Jahren ein zentrales Anliegen der Umweltbewegung Duna Kör (Donau-Kreis) und der demokratischen Opposition. 1989 wurde der Bau des ungarischen Teils, Nagymaros, von der Regierung gestoppt.

Die Grüne Partei Ungarn (Magyarországi Zöld Párt – MZP) wurde am 18./19. November 1989 in Budapest gegründet. Bei den Wahlen am 25. März 1990 erreichte sie lediglich 0,36% der Stimmen und blieb ohne Mandat, da ihr die Einreichung von Parteilisten nur in 4 von 20 Komitaten gelang. Nach dieser Wahlniederlage kam es zu Konflikten und zu Spaltungen, die in der Folge damit endeten, dass die MZP von extrem Rechten übernommen wurde. Die Ausgetretenen und Aktivist/innen aus diversen Umweltgruppen gründeten am 5. Juni 1993 die Grüne Alternative (Zöld Alternatíva – ZA), die im Januar 1994 den Europäischen Grünen beitrug. Bei der Parlamentswahl 1994 gelang der Partei nur die Einreichung einer einzigen Komitatsliste, und bei den Wahlen 1998 blieb sie als Teil einer Koalition von Kleinparteien unbedeutend. Im Sommer 2000 erfolgte die Umbenennung in Allianz der Grünen Demokraten (Zöld Demokraták Szövetsége). 2002 war der Einzug ins Parlament als Teil des Centrum, eines heterogenen Bündnisses aus Grünen, linken Agrariern, christdemokratischen Splitterparteien und Unabhängigen, das immerhin auf 3,9% der Stimmen kam, zumindest in Reichweite. Danach ging es bei den Grünen Demokraten weiter mit Spaltungen, Übernahmeversuchen durch zwielichtige Persönlichkeiten aus dem «Business-

Bereich» und Wahlniederlagen. Zudem gelang es ihnen für die Europawahl 2004 nicht, die notwendigen 20.000 Unterstützungserklärungen für die Kandidatur zusammenzubekommen. Lediglich auf lokaler Ebene gab es einige wenige Erfolge. So erreichten sie ein Mandat in einer Stadtteil-Vertretung (Likócs) von Győr im Januar 2007. Im Jahr 2008 versuchte der langjährige Vorsitzende der Grünen Demokraten, György Droppa, seine Partei als Grüne Linke (Zöld Baloldal) in ein Bündnis mit einer (reform-)kommunistischen Splitterpartei und mit anderen Kleingruppen zu führen, was den Exodus der beiden aktivsten Lokalgruppen in Pécs und in Győr zur Folge hatte. Für die Europawahl 2009 konnten, schon unter dem neuen Parteinamen, die erforderlichen Unterstützungserklärungen nicht gesammelt werden, für die Parlamentswahl 2010 lediglich in 2 von 176 Einer-Wahlkreisen.

Im Laufe des Jahres 2008 bildete sich eine Initiative von Intellektuellen sowie Exponentinnen und Exponenten der Zivilgesellschaft, die die Gründung einer neuen ungarischen grünen Partei anstrebte, allerdings ohne die Bezeichnung «grün» im Namen. Im Februar 2009 erfolgte die Gründung von *Lehét más a politika* (LMP), was übersetzt «Politik kann anders sein» heißt. Schon das erste Antreten bei der Europawahl 2009 war eine Überraschung: die nötigen 20.000 Unterstützungserklärungen wurden ohne große Schwierigkeiten gesammelt, und das Ergebnis von 2,61% der Stimmen (Budapest 4,88%) lag über dem des linksliberalen SZDSZ, der ehemals zweitstärksten Partei der ersten freien Wahl nach dem Umbruch. Die Hürde für die Parlamentswahlen 2010 lag jedoch weit höher: in jedem der 176 Einer-Wahlkreise mussten 750 Unterstützungserklärungen gesammelt werden. Unter großen Kraftanstrengungen gelang es, 92 LMP-Einzelkandidatinnen und -kandidaten aufzustellen und Parteilisten in allen 20 Komitaten einzureichen. Das ungarische Wahlrecht ist eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Im Wahlkampf thematisierten die Plakate der LMP u.a. den Wunsch nach transparenten Parteikassen, nach Gleichstellung der Roma auf dem Arbeitsmarkt als Alternative zur aggressiven Hetze der rechts-extremen Partei Jobbik, nach Vereinbarkeit von Beruf und Kind als frauenpolitischer Forderung und nach sauberer Luft und Umwelt. Die LMP verhielt sich selbst mit der Veröffentlichung der Wahlspenden und -ausgaben im Internet vorbildlich. Die von den Europäischen Grünen im Oktober 2009 als Beobachterin aufgenommene LMP schaffte diesmal die Sensation: die Parteilisten-Stimmen ergaben im 1. Wahlgang am 11. April 2010 landesweit 7,48%, in der Hauptstadt 12,81%. Mehrere Einzelkandidatinnen und -kandidaten erreichten zweistellige Ergebnisse, vor allem in Budapest und Pécs. Im zweiten Wahlgang kam die LMP in jenen vier Wahlkreisen, wo die Sozialisten nicht mehr antraten, sogar auf Ergebnisse zwischen 36 und 40%. Mit diesem Ergebnis sind nun erstmals 16 grüne Abgeordnete im Ungarischen Parlament vertreten. Angesichts einer übermächtigen konservativen Regierungspartei (FIDESZ) mit deutlicher Zweidrittel-Mandatsmehrheit und einer starken extremen Rechten ist eine demokratische und kontrollierende Opposition unverzichtbar. Was die Wählerinnen und Wähler betrifft, so dürften die Grünen zu einem Gutteil die einstige Klientel des SZDSZ

geerbt haben – kosmopolitische, urbane Intellektuelle, vor allem in Budapest – und dazu noch einen Gutteil der Jungwählerinnen und -wähler. Zum Wahlerfolg hatte auch beigetragen, dass fast alle Einzelkandidatinnen und -kandidaten in ihren Wahlkreisen durch frühere Aktivitäten in Umweltvereinen, an Universitäten, in Jugendklubs, im kulturellen Bereich, bei Roma-Sozialprojekten und in der Menschenrechtsbewegung bekannt waren. Die ersten Wochen im neu gewählten Parlament waren ein harter Test für die grünen Abgeordneten. Ministerpräsident Viktor Orbán und seine Partei versuchen, die Opposition zu überrumpeln und vor sich herzutreiben. So hat FIDESZ eine nationalistische Welle mit Beschlüssen wie der Verleihung der Staatsbürgerschaft an ethnische Ungarn in den Nachbarländern oder der Einführung eines «Trianon-Gedenktags» der nationalen Einheit losgetreten. Ob es den Grünen gelingt, auf Dauer dagegenzuhalten und sich als Alternative zum rechtskonservativen Mainstream zu profilieren, wird sich noch erweisen müssen.

Wie auch immer: in einer politischen Verankerung wie in Ungarn könnte die Zukunft der Grünen Mittel- und Osteuropas liegen.

Resümee

Vor rund 20 Jahren kam es in Ostmitteleuropa zur Entstehung zahlreicher grüner Parteien, die teilweise von Umweltbewegungen getragen in ihren Ländern sogar in Regierungsverantwortung aufstiegen, und das lange vor den Grünen in Westeuropa. Um 1992 kam es zu einer Krise, begleitet von Wahlniederlagen, die ihre Ursachen in den Auswirkungen des Transformationsprozesses und im damit verbundenen Bedeutungsverlust ökologischer Fragen hatte. Wahlsysteme mit hohen Einstiegshürden und die Konkurrenz reicherer und besser organisierter Parteien erschwerten die Verankerung grüner Parteien in den Parlamenten. Zudem können auch Wahlbetrug und das «Verschwinden» von Stimmen in Ländern wie Albanien oder Bulgarien nicht ausgeschlossen werden, von Ländern wie Russland ganz zu schweigen, wo grüne Parteien im westlichen Sinn keinerlei Überlebenschancen haben und bestenfalls als NGO-artige Gruppen, stets von Verfolgung bedroht, existieren können.

Nach der Jahrtausendwende setzte bei den Grünen in Osteuropa ein langsamer Identitätsfindungsprozess ein, in dessen Verlauf programmatische Diskussionen und die Entwicklung gemeinsamer Plattformen und Kampagnen mit den westeuropäischen Grünen an Bedeutung gewonnen haben. Ein Beispiel hierfür ist der Green New Deal. Aktivistinnen und Aktivisten sowie die Wählerinnen- und Wählerbasis von westlichen und östlichen Grünen ähneln einander zunehmend. Allerdings ist auch die Gefahr feindlicher Übernahmen von außen aus der «Business-Welt» oder durch einzelne Oligarchen vor allem für struktur- und finanzschwache grüne Parteien gestiegen.

Die Bedeutung der lokalen Verankerung in den Gemeinden für einen (Wieder-) Aufbau der Parteistrukturen wird zunehmend erkannt, denn selbst ein Einzug in

die Parlamente kann oft nach ein oder zwei Perioden wieder zu Ende sein, wie die Beispiele Georgien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ukraine zeigen.

Eine Verankerung in der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit mit Nicht-regierungsorganisationen sind der beste Garant, dass grüne Parteien zu einem stabilen Faktor ihrer politischen Systeme werden. Die Entstehung und der Erfolg von neuen politischen Projekten wie LMP in Ungarn geben Hoffnung, dass sich zumindest einige der grünen Parteien Mittel- und Osteuropas in den nächsten Jahren zu dauerhaften und verlässlichen Akteuren auf ihrer politischen Bühne entwickeln.

Übersicht über die Mitgliedsparteien der Europäischen Grünen (EGP) aus Mittel- und Osteuropa (Stand: Frühjahr 2010)

Land	Status in der Europäischen Grünen Partei
Albanien	Te Gjelberit (Die Grünen) / Mitglied
Aserbaidshjan	Azerbaycan Yaşillar Partiyası (Aserbaidshjanische Grüne Partei) / Beobachter
Bulgarien	Zelena Partija (Grüne Partei) / Mitglied Zelenite (Grüne) / Beobachter
Estland	Eestimaa Rohelised (Estnische Grüne) / Mitglied
Georgien	Sakartvelo's mtsvaneta partia (Georgische Grüne Partei) / Mitglied
Kroatien	Zelena Lista (Grüne Liste) / Beobachter
Lettland	Latvijas Zala Partija (Lettische Grüne Partei) / Mitglied
Moldawien	PEM AVE (Grüne Allianz Moldawiens) / Mitglied
Polen	Zieloni 2004 (Grüne 2004) / Mitglied
Rumänien	Partidul Verde (Grüne Partei) / Mitglied
Russland	GROZA (Grüne Alternative) / Mitglied Zelenaya Rossiya (Grünes Russland) / Beobachter
Serbien	Zeleni (Grüne) / Beobachter
Slowakei	Strana Zelených (Grüne Partei) / Mitglied
Slowenien	Stranka Mladih Slovenije-Zelenih Evrope (Jugendpartei Sloweniens-Europäische Grüne) / Mitglied
Tschechische Republik	Strana Zelených (Grüne Partei) / Mitglied
Ukraine	Partiya Zelenykh Ukrainy (Ukrainische Partei der Grünen) / Mitglied
Ungarn	Zöld Baloldal (Grüne Linke, früher Allianz der Grünen Demokraten) / Mitglied LMP-Lehét más a Politika («Politik kann anders sein») / Beobachter
Weißrussland	Bielaruskaja Partija «Zialonye» – (Grüne) / Beobachter